



Antrag

der Abgeordneten **Ruth Waldmann, Doris Rauscher, Hans-Ulrich Pfaffmann, Angelika Weikert, Ilona Deckwerth, Susann Biedefeld SPD**

Bürgerschaftliches Engagement stärken – „Zukunftsstiftung Ehrenamt Bayern“ auf stabiles Fundament stellen!

Der Landtag wolle beschließen:

Der Landtag begrüßt, dass die Staatsregierung – anknüpfend an die Gesetzesinitiative der SPD-Fraktion aus dem Jahr 2015 – eine „Zukunftsstiftung Ehrenamt Bayern“ auf den Weg bringen will, um hierdurch vorbildhafte und innovative Projekte im Bereich des bürgerschaftlichen Engagements besser unterstützen und fördern zu können.

Die Staatsregierung wird aufgefordert, dem Ausschuss für Arbeit und Soziales, Jugend, Familie und Integration zum aktuellen Planungsstand zu berichten, ein entsprechendes Konzept zur konkreten Ausgestaltung der Stiftung vorzulegen sowie darzulegen, welche Maßnahmen sie ergreifen will, um die Beteiligung des Landtags sicherzustellen.

Begründung:

Der Freistaat Bayern verfügt über eine ungemein aktive und vielfältige Bürgerschaft, in der sich viele junge und ältere Menschen in ihrer Freizeit unentgeltlich engagieren und Verantwortung übernehmen. Dem freiwilligen Engagement kommt deshalb eine zentrale gesellschaftliche Bedeutung zu. Immer wieder entstehen dabei auch kreative, innovative und zukunftsweisende Projekte, die es entsprechend zu unterstützen gilt. Die Errichtung einer Stiftung kann hierfür einen wichtigen Beitrag leisten. Die Planungen der Staatsregierung, eine solche „Zukunftsstiftung“ auf den Weg zu bringen, sind daher zu begrüßen. Einen entsprechenden Gesetzentwurf hatte die SPD-Fraktion im Jahr 2015 in den Landtag eingebracht (Drs. 17/7764).

Eine solche Stiftung soll zu dem Zweck neu errichtet werden, bürgerschaftliches Engagement zugunsten gemeinnütziger, mildtätiger und kirchlicher Zwecke sowie des demokratischen Staatswesens in seinen verschiedenen Ausprägungen zu fördern. Gerade kleinere Projekte, die in besonderem Maße auf eine derartige Unterstützung angewiesen sind, geraten hier in den Blick. Wie die Staatsregierung die geplante „Zukunftsstiftung“ konkret ausgestalten will, ist zum derzeitigen Zeitpunkt noch nicht abschließend geklärt. Sie wird daher gebeten, dem federführenden Ausschuss für Arbeit und Soziales, Jugend, Familie und Integration zum aktuellen Planungsstand zu berichten. Außerdem ist ein entsprechendes Konzept zur konkreten Ausgestaltung der Stiftung vorzulegen sowie darzulegen, welche Maßnahmen die Staatsregierung ergreifen will, um die Beteiligung des Landtags sicherzustellen.